



Ausschuss für Haushaltskontrolle

9. Sitzung (öffentlich)

24. Oktober 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:02 Uhr bis 14:31 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmeltzer (SPD)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1409 (Erläuterungen zum Einzelplan 13)

– Einbringung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, am 7. November 2023 um 13 Uhr eine Sondersitzung abzuhalten und in Fraktionsstärke über den Einzelplan abzustimmen.

**2 Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022 10**

Vorlage 18/1511

– Wortbeiträge

– mündlicher Bericht des Landesrechnungshofs

3 Verschiedenes 12hier: **Terminänderung Ausschusssitzung**

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden Rainer Schmelzer, den Termin für die nächste reguläre Sitzung vom 21. November auf den 28. November 2023 zu verschieben.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1409 (Erläuterungen zum Einzelplan 13)

– Einbringung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Heute wird nach der Einbringung des Einzelplans 13 – so sieht es die Tagesordnung vor, und das ist seit vielen Jahren das übliche Verfahren – abschließend darüber beraten und abgestimmt.

Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt: Mit rund 55,8 Millionen Euro im Entwurf 2024 beträgt der Anteil des Einzelplans 13 für den Geschäftsbereich des Landesrechnungshofs am Gesamthaushaltvolumen des Landes 0,05 % und ist somit im Vergleich zum Vorjahr sogar um 0,01 % geschrumpft. Das Volumen ist 2024 gegenüber 2023 zwar um rund 4,5 %, also um insgesamt 2,38 Millionen € gestiegen, diese Steigerung entspricht aber im Wesentlichen der bisherigen Finanzplanung 2024, die das Finanzministerium zur Grundlage des Ausstellungsverfahrens 2024 gemacht hat. Der Landesrechnungshof hat natürlich entsprechend den Vorgaben des Finanzministers keine über den Haushalt 2023, einschließlich der besagten Finanzplanung, hinausgehenden zusätzlichen Bedarfe angemeldet. Die Steigerungen, die ich gerade erwähnt habe, ergeben sich aus Überlegungen, die hier bereits voriges Jahr mitgetragen wurden.

Zunächst einmal gibt es den Mehrbedarf für den Ersatzneubau, für sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen insgesamt in Höhe von 2.152.200 Euro an Barmitteln sowie an zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.191.000 Euro. Konkret geht es dabei um die Beschaffung von Möbeln, insbesondere von Möbeln, die den modernen Arbeitsplatzanforderungen gerecht werden. Es soll nämlich ein sehr agiles Haus werden, und dafür benötigen wir Möbel, die man in verschiedene Arbeitssituationen einsetzen kann. Weil wir einer der Bereiche sind, die auf die elektronische Vorgangsbearbeitung umgestellt haben, brauchen wir auch für die IT-Ausstattung des Neubaus entsprechende Mittel, die aber hier wie gesagt schon im vergangenen Jahr goutiert wurden.

Im Raum steht eine zusätzliche Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 für eine Juristin bzw. einen Juristen. Das wurde durch den Landesrechnungshof im Rahmen der Aufstellung des Entwurfs für 2024 erneut auf Notwendigkeit hin überprüft. Eine Erläute-

zung zum Erfordernis der zusätzlichen Planstelle erfolgte auch in der HFA-Klausur am 27. September 2023.

Darüber hinaus erfolgten Änderungen einzelner Ansätze nach zentralen Vorgaben des Finanzministeriums für den Bereich der Personalausgaben einschließlich Versorgung in Höhe von 964.300 Euro sowie aufgrund zu erwartender und einzupreisender Mietkostensteigerungen in Höhe von 124.900 Euro. Die Zuweisungen und Zuschüsse im Versorgungskapitel haben sich dagegen nach den Vorgaben des Finanzministeriums um insgesamt 944.000 Euro verringert.

Es gibt weitere Veränderungen, erneute Verpflichtungsermächtigungen für den Ersatzneubau, aber hierbei handelt es sich ausschließlich um zeitliche Verschiebungen, um mögliche Verzögerungen des Umzugs eventuell auffangen zu können. Mehrbedarfe – darauf haben wir großen Wert gelegt – ergeben sich nicht.

Ich hoffe, dass diese einführenden Worte Ihnen erst einmal reichen. Ich werde begleitet von Frau Koblitz, unserer BdH, und wir stehen für Fragen selbstverständlich zur Verfügung.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Ich würde anregen bzw. darum bitten, an dieser Stelle auf eine Votenabgabe zu verzichten, weil nächste Woche noch ein Berichterstattergespräch stattfinden soll. Das ist in den vergangenen Wochen leider aus verschiedenen Gründen in den Hintergrund geraten.

Stefan Zimkeit (SPD): Mir leuchtet angesichts der Tatsache, dass wir die Präsidentin und die BdH hier haben, die Notwendigkeit eines Berichterstattergesprächs nicht ein. Wir könnten offene Fragen jetzt klären, aber gerade gab es keine Fragen, und dann soll ein zusätzliches Berichterstattergespräch stattfinden und der Haushaltskontrollausschuss auf ein Votum zu diesem Einzelplan verzichten. Das leuchtet mir einfach nicht ein.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich stutze auch etwas, weil wir der zuständige Ausschuss für den Einzelplan 13 sind. Ich kann mich nicht erinnern – ich schaue den Kollegen Krückel an –, dass hier schon mal auf Berichterstattergespräche verwiesen worden wäre oder der Ausschuss Voten verschoben bzw. auf deren Durchführung verzichtet hätte. Zur Not lasse ich darüber abstimmen. – Es ist eine erstaunliche Ruhe hier im Raum.

Frank Börner (SPD): Auf den Einwand von Herrn Zimkeit hätte ich schon gerne eine Antwort. Ich bin noch nicht so lange dabei, aber – der Vorsitzende hat es gerade gesagt – das ist ja wohl nicht die Regel. Wir können hier und jetzt Fragen stellen, wobei es natürlich passieren kann, dass eine Frage nicht beantwortet werden kann, aber gerade gibt es keine einzige Frage.

Aus Sicht der Opposition ist der Landesrechnungshof bzw. dessen Arbeitsfähigkeit besonders wichtig. Ich kenne es aus der Regierungszeit, dass man natürlich nicht immer glücklich über das ist, was der Landesrechnungshof so von sich gibt, aber grundsätz-

lich muss die Arbeitsfähigkeit gegeben sein. Deshalb finde ich es schwierig, einfach zu verschieben, nur weil man die Mehrheit hat. Ich würde schon gerne etwas Inhaltliches dazu hören, warum von der lange geübten Praxis abgewichen werden soll.

Dirk Wedel (FDP): Mich hatte heute aus den Reihen der Koalition die Frage erreicht, ob ich damit einverstanden wäre, wenn wir das schieben. Ich habe kein Problem damit. Ich glaube, wir brauchen hier nicht im Einzelnen zu erläutern, warum das Berichterstattergespräch bisher noch nicht stattgefunden hat. Im vorigen Jahr war es so terminiert, dass das Berichterstattergespräch unmittelbar vor der Ausschusssitzung stattgefunden hatte, in der danach abgestimmt wurde. Wenn es also dieses Bedürfnis nach einem Berichterstattergespräch gibt – und ich würde mich dem anschließen, ich sehe dieses Bedürfnis auch –, wäre es nicht sinnvoll, vorher abzustimmen und danach das Berichterstattergespräch durchzuführen. Ich weiß natürlich, dass das formal nicht miteinander verbunden bzw. gekoppelt ist.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Die Arbeitsfähigkeit des Landesrechnungshofs leidet nicht darunter, wenn wir hier heute kein Votum abgeben. Das ist nicht unbedingt eine Sache der regierungstragenden Fraktionen, vielmehr gibt es einfach den Wunsch nach einem Berichterstattergespräch; diesem Wunsch kann man doch nachkommen. Schließlich hat es keine Konsequenzen, wenn wir das Votum verschieben bzw. ganz darauf verzichten, da es hier ja eigentlich auf den federführenden HFA bzw. das Plenum ankommt.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich würde trotzdem darum bitten, zu erklären, welche Fragen hier und jetzt nicht gestellt werden können. Das würde ein Berichterstattergespräch, wenn es notwendig sein sollte, auch einfacher machen, da der Landesrechnungshof dann Fragen, die er möglicherweise nicht direkt klären kann, mitnehmen könnte. Ich verstehe aber einfach nicht, welche Fragen nicht hier und jetzt, sondern nur in einem Berichterstattergespräch geklärt werden können.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Dieser Ausschuss – und nicht nur dieser – ist angehalten bis zum 8. November zu votieren. Ich fände es – ich muss auf meine Wortwahl achten – mehr als unglücklich, wenn der zuständige Haushaltskontrollausschuss kein Votum abgeben würde.

Herr Dr. Kaiser, das Berichterstattergespräch ist am 31. Oktober?

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): So ist der Plan.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Unsere nächste Sitzung – dazu kommen wir gleich noch – ist voraussichtlich am 28. November, was deutlich nach dem 8. November ist, bis zu dem wir votieren sollten. Mir ist sehr daran gelegen – aber das wird der Ausschuss entscheiden müssen –, dass wir ein Votum abgeben, aber uns bleiben nicht viele mögliche Termine, um eine Sondersitzung dafür einzuberufen. Es blieben – ich gucke nicht auf meine eigenen Termine – der 2., der 3., der 6. und der 7. November.

Das sind die Tage, die zunächst infrage kommen, aber ich – uns Sie wahrscheinlich auch – mache das natürlich abhängig von der jeweiligen Terminlage. Zudem muss natürlich gewährleistet sein, dass der Berichterstattervermerk bis zur besagten Ausschusssitzung vorliegt. Schließlich kann es nicht sein, dass wir in der Sitzung sind und dann heißt es: Es gibt keinen Vermerk.

(Marc Blondin [CDU]: Dann bietet sich der 7. November an! – Anke Fuchs-Dreisbach [CDU]: Da sind wir nicht da, wir sind in Berlin! – Stefan Zimkeit [SPD]: Dann machen wir es am 7. November! – Heiterkeit)

Dirk Wedel (FDP): Ich würde vorschlagen, dass wir es einfach so machen wie im vergangenen Jahr. Damals haben wir unmittelbar vor der Votenabgabe das Berichterstattergespräch durchgeführt. Das Protokoll lag noch nicht vor, aber das hat das nicht behindert. Wir könnten also in der nächsten Woche das Berichterstattergespräch durchführen und direkt danach das Votum abgeben.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Nein, können wir nicht. Es sei denn, Sie tagen ohne Ausschussvorsitzenden. Ein paar Termine hier im Haus haben wir alle.

Ich möchte für das nächste Jahr schon einmal darauf hinweisen, dass es sinnvoll wäre, Berichterstattergespräche entsprechend unserer Sitzungstermine anzusetzen. Das wäre schon sehr hilfreich, zumal die nicht vom Himmel fallen.

Der Vorschlag war also gut. Ich habe eben 7. November gehört. Ohne große Benennungsherstellung lege ich die Uhrzeit fest, zu einer anderen Zeit kann ich aufgrund meiner Termine nämlich nicht: 13 Uhr, am 7. November. Ganz unabhängig davon ist Frau Arnoldy sehr begeistert, einen Raum für die Sondersitzung finden zu müssen.

Marc Blondin (CDU): Wir haben in der Tat das Problem, dass sich der 7. November seitens der CDU-Landtagsfraktion aufgrund einer auswärtigen Klausurtagung nicht darstellen lässt. Ich könnte zwar höchstpersönlich anwesend sein, aber dann könnten wir nur in Fraktionsstärke tagen, und ich glaube, dass das nicht Sinn der Sache ist.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich bin zu fast allen Missetaten bereit. Es tut mir leid, Herr Blondin, dass Sie dann aus der auswärtigen Sitzung kommen müssten, aber das haben Sie sich gerade selber eingebrockt. Ich schaue in die Runde: Ist irgendjemand dagegen, dass wir uns für diese Sitzung auf Fraktionsstärke einigen?

Marc Blondin (CDU): Zur Erläuterung: Ich muss diese Tagung sowieso eher verlassen, weil ja auch der Sportausschuss tagt. Ich würde dann aber um einen Beginn um 13:30 Uhr bitten.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich habe um 14 Uhr einen Anschlusstermin.

(Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Das dauert eine Viertelstunde! – Frank Börner [SPD]: Das heißt, es ist eh nichts zu beraten, oder was? – Zuruf)

In der Vergangenheit war eine halbe Stunde für den Haushaltskontrollausschuss sehr viel Zeit.

Frank Börner (SPD): Der Kollege sagte gerade, es dauere nur eine Viertelstunde.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir haben also eh nichts zu beraten. Dann stellt sich die Frage, was diese Kapriole soll. Wir werden kein Protokoll haben, also nicht wissen, was diskutiert wurde, und können somit in der Sondersitzung auch nichts besprechen. Da muss jetzt mal Butter bei die Fische.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Ich wollte damit nur gesagt haben: Wir machen ein Berichterstattungsgespräch. Darin werden nächste Woche die Fragen geklärt. Wir werden Themen diskutieren, sodass eine Ausschusssitzung dann wahrscheinlich nicht ganz so lange dauern wird. Aber natürlich ist das nur eine vorläufige Einschätzung, weil man natürlich nicht weiß, welche Themen da noch aufkommen. Nichtsdestotrotz fände ich das Verfahren gut, und würde dafür plädieren, dass wir es so machen. Wenn der Kollege Blondin da ist, können wir die Debatte in Fraktionsstärke führen, weil im Berichterstattungsgespräch in der nächsten Woche sicherlich die notwendigen Fragen geklärt werden.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ist die Anwesenheit des Landesrechnungshofs bei der Sitzung dringend erforderlich? Die Präsidentin hat nämlich auch zwei, drei Termine in ihrem Kalender stehen.

Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt: Ich bin etwas unsicher, den Termin höre ich erst jetzt.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Wir auch.

Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt: Ich bin im Urlaub, werde aber natürlich vertreten. Meine Frage: Ist das üblich? Ich habe ehrlich gesagt noch kein Berichterstattungsgespräch gemacht.

(Dirk Wedel [FDP]: Doch, voriges Jahr!)

– Ja, aber das war wegen einer Personalgeschichte, und das ist sofort ausgeräumt worden, als wir das erläutert haben. Deswegen bin ich jetzt die Fragende: Der Hof ist dabei?

(Zurufe: Ja!)

– Okay, gut.

Frank Börner (SPD): Bezüglich der Länge: Es kann sein, dass mir wegen des Berichterstattergesprächs Fragen einfallen, die ich gerne stellen würde, deswegen denke ich nicht, dass wir mit einer Viertelstunde planen können.

(Zurufe)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Kaiser bleibe ich bei 13 Uhr, tut mir leid, Herr Blondin. Er hat zwar eine Viertelstunde avisiert – das könnte ich mir auch vorstellen –, aber offengelassen, ob es eventuell nicht auch mehr gibt.

Marc Blondin (CDU): Das war nur eine Bitte bzw. Anregung von mir. Dann machen wir es eben um 13 Uhr.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich danke für Ihr Verständnis.

Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt: Für wann genau ist das Berichterstattergespräch terminiert?

Simon Rock (GRÜNE): Vorbehaltlich eines zur Verfügung stehenden Raums war mein Vorschlag, es für den 31. Oktober um 13 Uhr zu terminieren.

Stefan Zimkeit (SPD): Gerade hieß es, es sei terminiert, jetzt war von einem Vorschlag die Rede. Der Termin am 31. Oktober steht also nicht und wird noch ausgehandelt?

(Simon Rock [GRÜNE]: Er wird noch mit dem Raummanagement der Landtagsverwaltung ausgehandelt!)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Okay, das ist eine Aussage. Der Termin steht eigentlich, aber es geht noch um das Raummanagement. Das gilt ja auch für die Sondersitzung. Irgendwo kriegen wir das schon hin.

(Frank Börner [SPD]: Bei der Größe nehmen wir den Plenarsaal!)

Frau Fuchs-Dreisbach möchte nicht kommen, sie bleibt in der Klausur.

(Heiterkeit von Anke Fuchs-Dreisbach [CDU])

Herr Dr. Kaiser, Herr Rock, sollten sich aus dem Berichterstattergespräch weitere Fragen ergeben, teilen Sie uns diese bitte mit, damit wir sie dem Landesrechnungshof stellen können.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Weil Sie mich direkt angesprochen haben: Ich war nur der Überbringer der Nachricht. Der Hauptberichterstatter ist Herr Rock, und er wird die Fragen sammeln und vortragen.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Weil ich so ein pfiffiger Vorsitzender bin, habe ich Herrn Dr. Kaiser und Herrn Rock angesprochen.

(Heiterkeit von Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE] und Simon Rock [GRÜNE])

Der Ausschuss kommt überein, am 7. November 2023 um 13 Uhr eine Sondersitzung abzuhalten und in Fraktionsstärke über den Einzelplan abzustimmen.

2 Jahresbericht 2023 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2022

Vorlage 18/1511

(Überweisung der Vorlage an den Ausschuss für Haushaltskontrolle am 20.09.2023)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer kündigt an, dass weder heute noch am 7. November, sondern erst in späteren Ausschusssitzungen unter Hinzuziehung der Expertise der Landesregierung detaillierte Beratungen zu den Teilen A und B des vorliegenden Jahresberichts anstünden. Bezüglich der Reihenfolge, in der die einzelnen Prüfungsergebnisse beraten würden, werde der Landesrechnungshof einen Vorschlag unterbreiten, da man dabei diesmal, anders als gewohnt, nicht der Gliederung des Berichts folgen werde.

Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt berichtet:

Ich werde mich heute auf allgemeine Ausführungen beschränken. Wir haben im Zusammenhang mit der Anhörung gesehen, dass bestimmte Wirkungen erzielt worden sind. Wir haben Veränderungen im Haushalt festgestellt.

Was mir wichtig ist, und vielleicht ist es Ihnen auch schon aufgefallen: Wir haben den allgemeinen Teil des Jahresberichts komprimiert und mit Leitsätzen versehen, was die Beratungen hoffentlich erleichtert. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir einen aus meiner Sicht sehr erfreulichen Zuwachs an Einzelberichten haben, die wir insgesamt unter vier Leitmotive gestellt haben. Damit wollen wir ganz bewusst einen konsolidierungsanregenden Beitrag liefern.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Vorsichtig! – Heiterkeit von der Präsidentin des Landesrechnungshofs Prof.'in Dr. Brigitte Mandt)

– Wir können ja nichts anderes machen, als Hinweise zu geben und Empfehlungen auszusprechen, deswegen die etwas vorsichtige Formulierung.

Wir haben ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht und können schon im laufenden Prüfungsprozess viele Veränderungen bei den Ministerien bzw. den geprüften Stellen feststellen, sodass die Wirkung größer ist als sie sich unmittelbar im Jahresbericht widerspiegelt. Das sind Dinge, die durch Gespräche vor Ort passieren und die durch die Prüfungsmitteilungen in die Häuser bzw. die entsprechend geprüften Stellen getragen werden.

Wichtig sind mir vier Elemente, vier Leitlinien, die ich hier vorstellen und skizzieren möchte. Das sind Hebel zur Unterstützung von Haushaltskonsolidierungen. So sollte man konsequent die Einnahmemöglichkeiten nutzen, die man auf Landesebene hat. Wichtig ist auch, dass die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten bei staatlichen Zuwendungen durch die entsprechende Fachaufsicht wahrgenommen werden. Ein Dauerthema ist natürlich, Strukturen und Prozesse zu verschlanken und zu optimieren. Außerdem möchte ich Ihnen noch ein Schlagwort ans Herz legen: die

Kultur der Wirtschaftlichkeit prägen. Deswegen bin ich gespannt auf das Berichterstattegespräch, weil das ja wohl in die Richtung gehen wird, dass Sie uns auch eine Kultur der Wirtschaftlichkeit ans Herz legen werden. Wir sind offen für Anregungen und Hinweise, wenn es denn irgendwie umsetzbar ist.

Diese Aspekte finden sich bei uns in den einzelnen Berichten wieder. Ich hatte in einer Presseerklärung eine entsprechende Clusterung gemacht, sodass man etwas losgelöst von diesen Dingen vielleicht einmal über Strömungen bzw. Tendenzen reden kann.

Soviel zunächst zum Thema; ich freue mich auf die kritische Auseinandersetzung im Detail, die der Herr Vorsitzende gerade ansprach.

Mit Blick auf die von seiner Vorrednerin angesprochenen einzelnen Berichte möchte **Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)** vom Vorsitzenden erfahren, ob schon ein Plan dazu vorliege, wie man die Bearbeitung dieser Berichte auf die kommenden Ausschusssitzung verteilen werde.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer legt dar, dass es diesbezüglich bereits erste Planungen gebe, die aber im Detail noch mit dem Landesrechnungshof abgestimmt werden müssten, um dann überarbeitet und als Beschlussvorschlag präsentiert werden zu können. Wie bereits angedeutet, werde man dabei nicht der Gliederung des Berichts folgen, sondern sich stattdessen an den Rückläufen aus den Ministerien orientieren. Stand jetzt werde man 2023 noch zweimal und im ersten Halbjahr 2024 viermal tagen, sodass insgesamt sechs Ausschusssitzungen für die Beratungen zur Verfügung stünden.

3 Verschiedenes

hier: **Terminänderung Ausschusssitzung**

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden Rainer Schmelzer, den Termin für die nächste reguläre Sitzung vom 21. November auf den 28. November 2023 zu verschieben.

gez. Rainer Schmelzer
Vorsitzender

06.11.2023/07.11.2023